



# 10 Diskussionspunkte für zukunftsfähiges Wirtschaften

Resolution des IHK-Ausschusses Unternehmensverantwortung

## Gemeinsam unternehmen wir Verantwortung

Die Covid-19-Pandemie hat die Fragilität unserer globalisierten Wirtschaft sichtbar gemacht. Eine Herausforderung wie diese wird weitreichende Veränderungen auch für die oberbayerische Wirtschaft nach sich ziehen. Nach der akuten Krisenbewältigung ist es elementar, das Fenster der Möglichkeiten zu nutzen, langfristig klare Akzente im Sinne einer nachhaltigen und robusten Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen.

Als Fahrplan in eine resiliente Zukunft hat dabei die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) nicht an Aktualität eingebüßt. Denn unsere Wirtschaft wird dauerhaft nur erfolgreich und krisenfester sein, wenn sie gesellschaftliche Herausforderungen antizipiert, die sich bietenden Chancen mit dem Wachstums- und Innovationspotential des nachhaltigen Wandels ergreift und sich als Teil der Lösung versteht.

Die oberbayerische Wirtschaft hat durchaus gute Voraussetzungen, Impulse zu geben und sich als technologischer Treiber in der globalen Nachhaltigkeitswende zu positionieren, damit weltweite Standards mit zu entwickeln, neue Marktchancen zu generieren und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts auch zukünftig zu sichern. „Made in Germany“ muss in Zukunft nicht nur für Qualität, sondern – entsprechend des Leitbilds des Ehrbaren Kaufmanns – auch für verantwortungsvolles, zukunftsfähiges Wirtschaften stehen. Dieses Ziel lässt sich nur gemeinsam erreichen. Jetzt gilt es, unsere Potenziale zu bündeln und entsprechende Weichen zu stellen: Für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Verträglichkeit und sozialen Ausgleich zum Wohlergehen heutiger und zukünftiger Generationen.

Mit den zehn Diskussionspunkten für zukunftsfähiges Wirtschaften setzen wir einen Impuls für den Austausch zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Damit wollen wir das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der sozialen Marktwirtschaft stärken und – gemäß dem EU-Vertrag von Lissabon – zu ausgewogenem Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt sowie einer Verbesserung der Umweltqualität beitragen.

Das Diskussionspapier beruht auf einem breiten Meinungsbildungsprozess, der im März 2018 unter dem IHK-Markenkern „Gemeinsam unternehmen wir Verantwortung“ angestoßen wurde. Der Prozess bestand aus einer Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen der bayerischen IHKs und drei öffentlichen Veranstaltungen sowie zahlreichen Diskussionen in unterschiedlichen Gremien der IHK für München und Oberbayern – auch über eine digitale Partizipationsplattform.

### Info



Weiterführende Infos zum Thema CSR / unternehmerische Verantwortung unter:

[ihk-muenchen.de/csr](https://www.ihk-muenchen.de/csr)



München und  
Oberbayern

## 10 Diskussionspunkte für zukunftsfähiges Wirtschaften

### Zitiert

„Für wirtschaftlichen Erfolg ist neben hoher Qualität zunehmend auch Nachhaltigkeit ein entscheidendes Kriterium. Als Unternehmer haben wir die Möglichkeit, in diesem Feld Standards zu setzen und die Zukunftsfähigkeit der Region zu steigern.“

Kathrin Wickenhäuser-Egger  
Vorsitzende des IHK-Ausschusses  
Unternehmensverantwortung und  
IHK-Vizepräsidentin

### Umfrageergebnisse

Verantwortungsvolles Wirtschaften in Bayern – IHK-Umfrageergebnisse  
März 2018.

Online abrufbar unter:  
[bihk.de/downloads](https://bihk.de/downloads)

1.  Das Wachstums- und Innovationspotenzial des nachhaltigen Wandels zum Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen nutzen
2.  Ökonomie und Ökologie konsequent in Einklang bringen
3.  Klare, international abgestimmte politische Rahmenbedingungen als verlässlichen Rahmen für wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit etablieren
4.  Anreize und Marktmechanismen, die auch ökologische und soziale Kosten einbeziehen, stärken
5.  Sustainable Finance als Instrument für eine nachhaltige Entwicklung realistisch weiterentwickeln
6.  Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Fundament eines notwendigen Bewusstseinswandels fördern
7.  Routinen und soziale Normen in Richtung Nachhaltigkeit verändern
8.  Den digitalen Wandel als Wegbereiter einer nachhaltigen Entwicklung nutzen
9.  Vorbildhaftes staatliches Handeln entlang des Leitprinzips der Nachhaltigkeit einfordern
10.  Im globalen Schulterschluss ein level playing field und grenzüberschreitende Kooperationen für zukunftsfähiges Wirtschaften schaffen






Die Weltwirtschaft und damit auch die oberbayerische Wirtschaft ist nur dann dauerhaft leistungsstark und resilient – und damit zukunftsfähig –, wenn wirtschaftliche Entwicklung zum Wohl der Menschen, der Umwelt und künftiger Generationen weltweit beiträgt. Den Industrienationen kommt bei der Förderung einer nachhaltigen Wertschöpfung und eines qualitativen Wachstums eine besondere Verantwortung zu. Für die oberbayerische Wirtschaft liegt darin ein großes Innovationspotenzial. Die konsequente Ausrichtung an zugleich ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit dient der Sicherung des zukünftigen Erfolgs. Bestehende Gesetze und Vorschriften sollten hierfür innovationsfreundlicher ausgestaltet werden, um die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Ein Fundament für Wohlstand und Lebensqualität ist eine stabile Umwelt und eine intakte Natur. Für die Zukunftsfähigkeit der Weltwirtschaft, und damit auch der oberbayerischen Wirtschaft, ist somit essenziell, klimaverträgliche Lösungen zu forcieren sowie Ressourcen zu schonen und in erster Linie solche zu verbrauchen, die erneuert oder wiedergenutzt werden können. Ein klares Bekenntnis von Wirtschaft und Politik zur Kreislaufwirtschaft sowie zum Umwelt- und Klimaschutz bietet Orientierung für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung. Ein konsequentes Handeln danach eröffnet neue Marktchancen und sichert die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

Damit sich die Transformation zu einer nachhaltigen Entwicklung gemäß der Agenda 2030 auch flächendeckend durch alle Branchen und Unternehmen zieht und in der notwendigen Geschwindigkeit erreicht wird, muss die Politik verbindliche Rahmenbedingungen schaffen. Im Dialog mit Produzenten und Verbrauchern sollte sie technologieoffene Umwelt- und Sozialstandards definieren, auf entsprechende europäische und internationale Rahmenbedingungen hinwirken sowie zugleich realistische und messbare Ziele formulieren, deren Erreichen überprüft wird und die stetig fortgeschrieben werden. Denn klare Vorgaben für alle Unternehmen sorgen für Planungssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet ist die zugleich ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigste Lösung immer die wertvollste. Diese setzt sich jedoch nicht immer durch, denn dem Schutz der Menschenrechte und immateriellen Gütern, wie einer sauberen Umwelt oder einem intakten Klima, wird oft kein Preis zugemessen. Externe Umwelt- und Sozialkosten im Lebenszyklus eines Produkts sind dann von der Allgemeinheit zu tragen – oftmals in weniger entwickelten Ländern oder von zukünftigen Generationen. Die Politik muss – gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft – geeignete Wege zur Internalisierung externer Kosten finden bzw. weiterentwickeln, damit marktwirtschaftliche Mechanismen für zukunftsfähiges Wirtschaften greifen.

Allein um die EU-Klima- und Energieziele bis 2030 zu verwirklichen, muss Europa einen jährlichen Investitionsrückstand von bis zu 628 Mrd. Euro aufholen. Der EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums sieht in der Finanzwirtschaft großes Potenzial: Sie kann wesentlich zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem beitragen, das ökologisch, sozial und an guter Unternehmensführung ausgerichtet ist. Damit Kapitalströme eine nachhaltige Entwicklung unterstützen, ist ein gemeinsames Grundverständnis von nachhaltiger Finanzierung unerlässlich. Bei der Ausgestaltung der Regulierung gilt es, die Realwirtschaft mit einzubeziehen, die Verhältnismäßigkeit neuer Regelungen zu beachten, den bürokratischen Aufwand zu minimieren und die Finanzierung des Mittelstands nicht zu gefährden. Die Entwicklungen in Deutschland sollten sich an den EU-Beschlüssen orientieren, eine Verschärfung durch Goldplating ist zu vermeiden.

1.  Das Wachstums- und Innovationspotenzial des nachhaltigen Wandels zum Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen nutzen
2.  Ökonomie und Ökologie konsequent in Einklang bringen
3.  Klare, international abgestimmte politische Rahmenbedingungen als verlässlichen Rahmen für wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit etablieren
4.  Anreize und Marktmechanismen, die auch ökologische und soziale Kosten einbeziehen, stärken
5.  Sustainable Finance als Instrument für eine nachhaltige Entwicklung realistisch weiterentwickeln



**6. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Fundament eines notwendigen Bewusstseinswandels fördern**

Nur wer in der Lage ist, die langfristigen Auswirkungen seines Handelns auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu beurteilen und sein Handeln hiernach auszurichten, wird die Herausforderungen der Zukunft meistern und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können – ob als Unternehmer, politischer Verantwortungsträger, Mitarbeiter oder Verbraucher. Um den notwendigen Bewusstseinswandel herbeizuführen, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung entlang der gesamten Bildungskette – vom Kindergarten, über Schulen und Hochschulen bis hin zur beruflichen (Weiter-)Bildung – systemisch verankert sowie von Aufklärungskampagnen begleitet werden.



**7. Routinen und soziale Normen in Richtung Nachhaltigkeit verändern**

Aufklärungsarbeit und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung allein führen oftmals nicht zu den notwendigen Verhaltensänderungen, denn alltägliches Verhalten ist weitgehend durch soziale Normen sowie Routinen und Gewohnheiten bestimmt. Es gilt seitens der Politik Anreize zu schaffen, die gesamtgesellschaftlich erwünschtes Handeln nah an der Lebenswirklichkeit fördern. Durch den Einsatz innovativer Technologien und der Entwicklung neuer Lösungen können Wirtschaft und Wissenschaft attraktive Alternativen schaffen. Auch das Arbeitsumfeld im Unternehmen und sichtbare Netzwerke in der Region sind dabei wegweisend, denn hier können sich Wertvorstellungen der Mitarbeiter und Verbraucher für eine nachhaltige Lebensweise (weiter-)entwickeln sowie skalierbare Ansätze Anwendung und Verbreitung finden.



**8. Den digitalen Wandel als Wegbereiter einer nachhaltigen Entwicklung nutzen**

Digitale Technologien wie Robotik, Künstliche Intelligenz und Big Data bieten große Potenziale zur Umsetzung der Agenda 2030, die genutzt werden sollten. Zugleich muss beachtet werden, dass Nachhaltigkeitsgewinne durch erhöhten Energiebedarf, Rebound-Effekte und neue Gefahren für Umwelt und Gesellschaft nicht wieder verlorengehen. Es gilt für Politik und Wirtschaft gleichermaßen, die genauen sozialen und ökologischen Auswirkungen des digitalen Wandels zu identifizieren und sichtbar zu machen, relevante ethische Fragen stärker in den Fokus zu rücken und die Digitalisierung zielgerichtet in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen.



**9. Vorbildhaftes staatliches Handeln entlang des Leitprinzips der Nachhaltigkeit einfordern**

Der Staat muss sich konsequent und kohärent über alle politischen Ressorts hinweg für die Agenda 2030 mit ihren 17 Sustainable Development Goals mit Augenmaß einsetzen, denn für die Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sind eindeutige Signale seitens der Politik notwendig. Staatliche Institutionen sollten ihre Vorbildfunktion stärker wahrnehmen, indem sie, wie auch von der Privatwirtschaft verlangt, Nachhaltigkeit noch weiter im Kerngeschäft verankern. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts hat sich auch die IHK für München und Oberbayern gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen bereits auf den Weg gemacht.



**10. Im globalen Schulterschluss ein level playing field und grenzüberschreitende Kooperationen für zukunftsfähiges Wirtschaften schaffen**

Die aktuellen Herausforderungen machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Die Politik sollte daher weiterhin die Umsetzung internationaler Prinzipien und Abkommen in multilateralen Foren und in Abstimmung mit internationalen Organisationen vorantreiben. Eine wertebasierte, nachhaltigkeitsorientierte Handels- und Investitionspolitik, die auf einen engen Dialog mit Regierungen, Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort setzt, ist unabdingbar, damit möglichst viele Länder von wirtschaftlicher Entwicklung profitieren. Durch die verantwortungsvolle Gestaltung ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten und die Wahrnehmung ihrer menschenrechtlichen Sorgfalt leisten Unternehmen hier einen wichtigen und ergänzenden Beitrag.

*Impressum:*

Verleger und Herausgeber: IHK für München und Oberbayern, Dr. Eberhard Sasse, Dr. Manfred Göbl, Max-Joseph-Straße 2, 80333 München, Tel. 089 5116-0, info@muenchen.ihk.de, www.ihk-muenchen.de; Ansprechpartnerin: Gerti Oswald, Abteilungsleitung DIHK, BIHK, CSR, BWA; Verfasser: Ausschuss für Unternehmensverantwortung der IHK für München und Oberbayern; Gestaltung: Ideenmühle GmbH, 90542 Eckental; Bildnachweis: Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.; Stand: Juni 2020  
Hinweis: Bei personenbezogenen Bezeichnungen wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Bezeichnung gewählt. Gemeint sind stets alle Geschlechter.



ihk-muenchen.de



/ihk.muenchen.oberbayern



@IHK\_MUC



ihk-muenchen.de/newsletter



xing.com/company/ihk-muenchen



/user/ihkfuermuenchen